

# Islam und Integration in Europa

## Von Türkan Karakurt

Ist der Islam nach dem Faschismus und Kommunismus der Totalitarismus unseres neuen Jahrhunderts, wie ihn zwölf namhafte Schriftsteller und Philosophen, darunter Bernard Henri Levy und Salman Rushdie, in einem Anfang März im französischen Magazin Express veröffentlichten Manifest bezeichnen? Bedroht der Islam die fundamentalen Errungenschaften der liberalen westlichen Demokratien oder füllt er nur dort eine Lücke, wo der abgeklärte Westen seinen Bürgern keine Identität und Werte mehr vermitteln kann?

Von Islamisten verübte terroristische Akte der letzten Jahre, die Unruheherde im Nahen und Mittleren Osten sowie die jüngsten Bilder islamistisch motivierter Gewaltproteste gegen die Mohammedkarikaturen haben europäische Islamkritiker und Intellektuelle veranlasst, zur Verteidigung europäischer Kultur und Werte aufzurufen und das Scheitern des Multikulturalismus und der Toleranz in Europa zu erklären. Die Kritik am Islam, insbesondere an der ideologischen Instrumentalisierung der Religion in der Auseinandersetzung mit dem Westen, richtet sich vor allem gegen den islamischen Raum außerhalb Europas. Dennoch hat sich mit den Anschlägen in Spanien und Großbritannien und dem Mord an dem Filmemacher Theo van Gogh in den Niederlanden das Augenmerk ebenfalls auf die in Europa lebenden Muslime gerichtet. Mit einer zunehmenden Hinwendung der Einwanderer an ihre islamische Identität und einer neuartigen Gewaltbereitschaft auch unter den hier geborenen und aufgewachsenen Einwandererkindern treten sicherheitspolitische Betrachtungen in den Blickpunkt der Politik.

Baut sich da eine unüberwindbare Konfrontation zwischen „aufgeklärtem“ Christentum und „rückwärtsgewandtem“ Islam auf, der unser junges Jahrhundert begleiten wird? Und welche Rolle kommt den Millionen europäischer Muslime dabei zu? Werden sie zur „fünften Kolonne“ eines sich ausbreitenden Islam oder können sie eine Brücke zwischen Okzident und Orient bilden und damit eine „islamische Aufklärung“ einleiten?

Für die einen ist es der Islam, der die Integration der muslimischen Einwanderer in Europa verhindert, für die anderen sind es die Defizite im sozialen und wirtschaftlichen Bereich, insbesondere ihre mangelnden Bildungs- und Arbeitsmarktchancen, die einer Integration sogar der dritten und vierten Generation von Einwandererkindern im Wege stehen. Ein Gespräch zwischen diesen beiden Positionen ist angesichts der gegenseitigen Schuldzuweisungen und der Emotionalisierung der Debatte nur schwer möglich. Die Mehrheit der muslimischen Einwanderer hat sich damit unerwartet im Rampenlicht europäischer Medien und Politik wieder gefunden; wahrgenommen entweder als marginalisierte Randgruppe oder als Sicherheitsproblem, hat sie sich selbst allerdings bisher nur wenig zu Wort gemeldet.

Die Situation ist alarmierend für den sozialen Frieden in Europa: auf der einen Seite macht sich unter den alteingesessenen Bürgern Europas ein diffuses Gefühl der Bedrohung durch die muslimischen Einwanderer breit; auf der anderen Seite fühlt sich die breite Mehrheit der Muslime in Europa in dieser Konfrontation in die islamistische Ecke gedrängt, obwohl sie, in Frankreich wie auch in Deutschland, bisher keinen Gegensatz zwischen ihrer religiösen Identität und ihrem Status als Bürger westlicher Demokratien gesehen hat. Diese Bürgerinnen und Bürger fühlen sich zu Sündenböcken einer globalen Konfrontation gemacht, obwohl sie sich durch den radikalen Islam genauso bedroht fühlen. Die Sorge, dass diese allgemeine negative Stimmung rechtsradikalen Bewegungen und Parteien in die Hände spielt und eine allgemeine ausländerfeindliche Atmosphäre schafft, ist nicht unbegründet.

Vor dem Hintergrund dieser stichwortartig skizzierten welt- und europapolitischen Gemengelage gilt es, die Debatte über Kernelemente eines friedlichen Zusammenlebens zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaften in Europa auszuweiten. Die Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert diese Debatte auf vielen verschiedenen Ebenen und in vielen Ländern. Sie wirkt daran mit, Wege aufzuzeigen, wie unsere Gesellschaften interkulturell geprägt sein können, aber gleichzeitig Islamismus, Gewalt sowie Missachtung von Menschen- und Frauenrechten wirksam bekämpfen können. Sie versucht neue Wege für eine Politik der aktiven Integration zu erschließen, die die Menschen muslimischer Herkunft für die elementaren europäischen Werte gewinnt und sie gleichzeitig zu gleichberechtigten Mitgliedern der europäischen Gesellschaften werden lässt.

Denn ist es der Islam, der eine Integration der muslimischen Einwanderer in Europa behindert oder ist es die jahrzehntelange Ablehnung durch die europäischen Gesellschaften, die die in Europa lebenden Muslime nach einer anderen Identität suchen lässt? Eine offene Diskussion über die Defizite beider Seiten ist notwendig: die Einwanderungsländer haben zu lange zu wenig für eine tiefgreifende Integration der MigrantInnen geleistet und sie haben andererseits - einem falsch verstandenen Multikulturalismus folgend - keinen Dialog mit ihnen über Staat, Verfassung und Gesellschaft geführt. Die MigrantInnen haben sich auf der anderen Seite zu wenig mit den Werten ihrer neuen Heimatländer auseinandergesetzt und geglaubt, sie könnten in Europa leben ohne Europäer zu werden. Sie können dazu beitragen, dass der Islam das sein kann, was er für die meisten von ihnen bisher auch war, nämlich Wurzel einer individuellen, religiösen Identität, die auch Raum für andere soziale und politische Identitäten lässt.

Kernfrage für ein friedliches Europa ist also, ob es unabhängig von der durch die aktuellen Konfliktherde (Afghanistan, Iran, Irak, Naher Osten) angeheizten globalen Entwicklung einen interreligiösen Gesellschaftsvertrag zwischen den in Europa lebenden Bürgern geben kann. Ein Gesellschaftsvertrag, der die unterschiedlichen kulturellen und religiösen Identitäten auf der Grundlage eines grundlegenden Wertekanons respektiert. Dieser Wertekanon müsste die unverzichtbaren Elemente der demokratischen Grundordnung enthalten, wie sie in den Verfassungen der einzelnen europäischen Länder festgeschrieben sind, aber auf breiter Grundlage zwischen Mehrheits- und Minderheitengesellschaft diskutiert werden. „Parallelgesellschaften“ lassen sich nur vermeiden, wenn deren am Rande stehenden Mitglieder an einem offenen gesellschaftlichen Dialog beteiligt werden und sie von den demokratischen Grundwerten überzeugt werden können.

**Die Autorin ist stellvertretende Leiterin des FES-Büros Paris.**